

## Chronik des Tages.

— Am Mittwoch traf in Berlin der neue japanische Gesandter Nagaoa ein; er wurde am Bahnhof Friedrichstraße von Vertretern des Auswärtigen Amtes und dem bisherigen japanischen Geschäftsträger Dr. Ito empfangen.

— Aus England werden im Zusammenhang mit dem Bergarbeiterstreik verschiedentlich schwere Unruhen gemeldet.

— Der abgesetzte griechische Diktator Pangalos ist nach einer Insel in Sicherheit gebracht worden.

— Aus Moskau verlautet, daß der Kommandant der Roten Flotte seines Postens enthoben worden sei.

— In Cöln bei Genf haben bekannte Finanzgrößen über die aktuellen Probleme beraten.

— In Genf wurde der Minderheitenskongress eröffnet.

— Auf ein Bankhaus in Pittsburg wurde ein folgenschwerer Bombenanschlag verübt.

## Genfer Tatsachen.

In etwa 14 Tagen also soll Deutschland in den Bund der Völker als gleichberechtigtes Mitglied aufgenommen werden. Ein großer Schritt. Und doch ein kleiner, denn schon im März wurde uns gesagt, daß wir „moralisch“ ja schon drin seien. Na, wenn der richtige Eintritt uns keine weiteren Vorteile bringt, als der „moralische“, dann brauchen unsere Hoffnungen keinen allzu hohen Flug zu nehmen. Nach Meldungen aus ausländischer Quelle soll der juristische Sachverständige der Reichsregierung, Ministerialdirektor Dr. Gaus, noch vor der Völkerbund-Tagung zu einer Konferenz mit dem Rechtsberater des englischen Auswärtigen Amtes Sir Cecil Hurst und seinem französischen Kollegen, dem Direktor in dem Pariser Außenministerium, Fromageot, zusammenkommen. Zweck der Besprechung, die eventuell in Berlin stattfindet, soll es sein, in einer Art Vorbesprechung eine Basis zu finden. Was von dieser Meldung zu halten ist, bleibt abzuwarten!

Schon jetzt ist fieberhafte Tätigkeit in diplomatischen Kreisen. Lord Cecil wird am Sonnabend nach Genf reisen, um als Englands Vertreter an der Sitzung der Verfassungskommission des Völkerbundes teilzunehmen. In amtlichen englischen Kreisen erwartet man, daß die Verfassungskommission des Völkerbundes Lord Ceils Kompromiß in der Ratstrage, das bereits vorläufig angenommen worden war, endgültig genehmigen wird. Die genaue Festlegung der Richtlinien der französischen Regierung für ihre Genfer Delegation wird in dieser Woche erfolgen. Die spanische Aktion hat jedoch in politischen Kreisen die Diskussion über das Programm für Genf bereits stark in Fluß gebracht und auch am Quai d'Orsay zu Besprechungen Veranlassung gegeben, deren Inhalt und Ergebnis geeignet sein können, den voraussichtlich endgültigen französischen Standpunkt in der Ratstrage vorauszubestimmen. Es ergibt sich etwa nachstehendes Bild: Die französischen Parlamente haben mit überwältigender Mehrheit die Locarno-Verträge gutgeheißen und als Voraussetzung für eine endgültige Inkraftsetzung der Locarno-Verträge den sofortigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund anerkannt. Die französische Politik kann daher nur darauf hinauslaufen, die Erstellung eines ständigen Ratssitzes allein an Deutschland zu begünstigen. Die Außenpolitik Briands baut sich nach wie vor auf den Locarno-Verträgen auf und ein abermaliges Scheitern in Genf müßte zu einem verhängnisvollen Rückschlag führen.

Großes Interesse erweckt der heute beginnende Minderheitenkongress. An deutschen Minderheiten sind vertreten: die dänische durch Abgeordneten Schmidt-Wodder, die estnische durch Abgeordneten Dr. Hasselblatt, die ungarische durch Dr. Sundisch und Ministersekretär Bog, die italienische durch Abgeordneten Baron Sternbach und Tenzl, die jugoslawische durch den Abgeordneten Grassl, die lettische durch Abgeordneten Schiemann, die litauische durch Herrn v. Berg, die polnische durch den Abgeordneten Raumann, die rumänische durch die Abgeordneten Brandisch und Dr. Ruitz, und die tschechische durch den Abgeordneten Dr. Medinger. An fremden Minderheiten in Deutschland sind vertreten: die polnische durch die Abgeordneten Karczewski, die dänische durch Chefredakteur Christensen, die baltische durch Lorenz. Die Kongressleitung ist unter dem Vorsitz von Dr. Willan, dem Führer der slowenisch-kroatischen Minderheiten aus Italien.

Von ägyptischer Seite werden seit einiger Zeit Anstrengungen gemacht, die Zulassung Ägyptens zum Völkerbund als selbständiger Staat durchzusetzen. Ferner wird aus Tokio gemeldet, daß die japanische Regierung ihrem Delegierten beim Völkerbund, dem Grafen Tshij, völlige Freiheit in der Frage der Neubestellung der Ratssitze und aller anderen der Völkerbundversammlung im September vorzuliegenden Fragen lasse.

## Unruhen in England.

Einderung des Parlaments.

Gestern trat im Schloß Windsor, wo sich der König augenblicklich befindet, ein Kronrat zusammen, um eine Notstandsproklamation und eine weitere Proklamation zu veröffentlichen, die das Parlament für nächsten Montag einberuft.

Es handelt sich nämlich um die Bestätigung der Notstandsverordnungen. Man nimmt an, daß die Erweiterungen sehr erregt werden. Etwa 300 bis 400 Mitglieder werden anwesend sein müssen. Die Regierung ist bestrebt, die Sitzung nicht länger als zwei Tage dauern zu lassen.

Infolge verschärfter Einschüchterung der arbeitwilligen Bergleute zeigt die Zahl der Ausständigen eine weitere Zunahme. Die Erregung in den mittelenglischen Bezirken wächst, und es kam zu mehrfachen Zusammenstößen mit der Polizei, wobei die Polizei häufig die mit Stöcken versehenen Bergleute entwaffnen mußte. Die Taten an den Wohnungen Arbeitwilliger werden mit Drohungen in Kreideschrift beschriftet. Verschiedene Ortschaften beantragen bei der Regierung Verstärkung ihrer Polizeimannschaften. Die Grubenbesitzer erklären die Lage für sehr ernst. Der Bergarbeiterführer Coof verklärte die Be-

reitchaft, ein Friedensabkommen zu schließen, das einen Minimallohn von zehn Schillingen täglich festsetzen würde. Der Bolognaer Ausschuss der Bergleute kehrt nach London zurück und wird nach allerdings unbestimmten gehaltenen Verhandlungen Coofs Versuche zur Wiederöffnung von Verhandlungen unternehmen.

Ministerpräsident Baldwin ist in Wiesbaden bei Genf eingetroffen.

## Politische Rundschau.

— Berlin, den 26. August 1926.

— Der deutsche Gesandte in Warschau, Ulrich Raugher, ist zu kurzem Aufenthalt in Berlin eingetroffen. Der Gesandte dürfte Gelegenheit nehmen, mit den Berliner zuständigen Stellen die Lage im Zusammenhang mit der bevorstehenden Völkerbundtagung zu besprechen.

— Der Handelspolitische Ausschuss des Reichstages ist zu Dienstag, den 31. August, zu einer Sitzung einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Aussprache über die Entschlebung auf Aufhebung des Gesetzeswurfs über die Wertbestimmung der Einfuhrschiffe, ferner die Frage der Futtermittel- und Butterzölle.

— Die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei hielt am Mittwoch unter Vorsitz des Grafen Westarp zur Vorbesprechung des Kölner Parteitagess eine Sitzung ab.

— Der Arbeiter Hans Mees aus Bromberg ist vom Reichsgericht wegen verurteilter Spionage zum Nachteil des Deutschen Reiches zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt worden. Mees hatte versucht, Nachrichten, die im Interesse des Staates geheim zu halten waren, in Detmold einem belgischen Spionagesagenten auszuhandeln und war dabei übertrastet worden.

:: **Franzosen-Terror.** Aus Koblenz wird gemeldet: Am 24. August, abends, wurde ein junger Mann, der an der Kommandantur vorbeiging, aber nicht die Bestimmung beachtete, daß der Bürgersteig vor dem französischen Posten nicht begangen werden darf, von einem französischen Wachtposten mit dem Bajonett ins Gesicht gestochen und darauf schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

:: **Am den Ausbau des Dortmund-Ems-Kanals.** Die Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern Dortmund, Emden und Münster haben gemeinschaftlich mit dem Schiffsahrtsverein für die westdeutschen Kanäle und die Weser eine Eingabe an das Reichsverkehrsministerium, das Reichsarbeitsministerium, das Reichswirtschaftsministerium und an das Preussische Ministerium für Handel und Gewerbe gesandt, in der es u. a. heißt: „Der einzige Weg, dem Stillstand der westfälischen Erzverhüttung zu begegnen, ist der Ausbau des der Verkehrsvermittlung nicht mehr entsprechenden Dortmund-Ems-Kanals. Es fehlt wie in früheren Jahren die leistungsfähige, unmittelbare Verbindung mit einem deutschen Seehafen. Die Werke sind in vollem Maße abhängig von dem holländischen Hafen Rotterdam, ein Mißstand, der sich für die weiter vom Rhein abgelegene Industrie namentlich in Zeiten für die Schifffahrt günstiger Konjunktur zu einem unerträglichen Druck steigern kann.“ Die Eingabe schließt mit der Bitte, darauf hinzuwirken, daß der in einzelnen Bauwerken bereits begonnene Ausbau des Dortmund-Ems-Kanals als dringlich behandelt und durch unzügliche Bereitstellung von Mitteln aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge gefördert wird.

:: **Die preussische Anleihe in New York.** Zu der Meldung, daß im Herbst eine preussische Anleihe von 30 Mill. Dollar in Amerika aufgelegt werden soll, ist zu erfahren, daß es sich um die vor Monaten beschlossene Auslegung der 150-Millionen-Anleihe handelt, die zum größten Teil bereits im Inland untergebracht worden ist. Zur Zeichnung im Auslande kommt noch ein Betrag von 15-20 Millionen Dollar in Frage. Hierüber schweben seit geraumer Zeit Verhandlungen mit dem New Yorker Bankhaus Harris Forbes u. Co., die wahrscheinlich demnächst zum Abschluß gelangen dürften.

:: **Auslassung des Breslauer Katholikentages.** In der letzten öffentlichen Versammlung sprach der deutsche Gesandte in Wien, Graf Verckenfeld. Als er im Bewußtsein seiner Rede auch auf den Völkerbund zu sprechen kam, meinte er, der Gedanke eines Völkerbundes sei eminent katholisch, allerdings nicht in seiner augenblicklichen Form, die dem Machtgedanken nur allzuviel Spielraum gebe und die großen stillen Kräfte ausschalte. Nach dem Vortrag des Grafen Verckenfeld hielt der Präsident des Katholikentages, Landeshauptmann Dr. Dornon, die Schlußrede. Zur Sozial- und Wirtschaftspolitik wurde eine Entschleunigung angenommen, in der die ganze Aufmerksamkeit der Katholiken aller Berufsstände auf die wirtschaftliche Notlage, unter der noch zahlreiche Volksgenossen leiden, gelenkt wird. Die 65. Generalversammlung begrüßt daher die stärkere wirtschaftliche Initiative der Reichsregierung und des Reichstages sowie der Volksvertretungen und Regierungen der Länder, die darauf abzielt, die Zahl der Erwerbslosen zu vermindern, den Baumarkt zu beleben, die Industrie wieder stärker in Gang zu bringen und die innere Kolonisation zu steigern.

## Rundschau im Auslande.

:: aus Weval wird gemeldet, in Rußland werde ein Spionageprozeß gegen etwa 40 estländische Staatsangehörige vorbereitet. In diesem Prozeß werde auch der ehemalige litauische Gesandte Birk als Zeuge auftreten.

:: Als erstes südamerikanisches Land sprach Uruguay die Anerkennung Sowjetrußlands aus und ordnete die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen an. Die Anerkennung ist das Ergebnis langer Verhandlungen zwischen dem russischen Handelsminister Krasow und dem Außenminister Saragajew.

:: Aus Shanghai wird gemeldet, daß in der Provinz Kordunan ernste Kämpfe vor sich gehen, da die Kantone dort mit dem Zweck durchzubrechen versuche, Dantau anzunehmen, das größte Industriezentrum und die militärische Basis Wupesin. Wupesin, der den Ernst der Lage erkannt hat, eilt auf der Eisenbahnlinie Weking-Dantau adwärts in der Hoffnung, die Lage noch retten zu können.

## Bekanntes Urteil im Frankfurterprozeß.

:: Die königliche Tafel in Budapest hat das Urteil im Frankfurterprozeß gefällt. Die vom Gericht über den bringen Ludwig Windischgraz und den Landespolizeichief Radossy verhängten Zuchthausstrafen von je vier Jahren wurden bestätigt. Dagegen wurde die Strafe Geroes von

zwei Jahren auf anderthalb Jahre Kerker und die Strafe Radas von anderthalb Jahren Kerker auf ein Jahr Kerker herabgesetzt. Wie verlautet, soll dieses Urteil noch nicht endgültig sein, sondern eine dritte Verhandlung wird nötig sein.

## Japan schwenkt ab.

:: Nachrichten aus Tokio besagen, daß die japanische Außenpolitik neue Richtlinien verfolgen will. Da die asiatische Politik eine große Niederlage erlitten habe, ferner der Völkerbund nicht imstande sei, das Problem des Stillens zu lösen und da schließlich in Europa wieder die Bündnispolitik der Vorherrschaft herrsche, werde sich auch die japanische Außenpolitik gegenüber Rußland, China, England und Deutschland auf einen realeren Boden stellen. Notwendig sei ein politisches und wirtschaftliches Zusammengehen in China mit England und mit der Sowjetunion, mit der die Beziehungen noch weiter bereinigt werden müssen.

## Ein Brief an den Staatsanwalt.

„Sie werden die Eisenbahntentäter nicht finden.“

Es gewinnt fast den Anschein, als ob die Untersuchung über die Jugatastrophe bei der letzten auf dem letzten Punkt angelangt sei. Zwei neuerdings Verhaftete mußten, genau wie in den anderen Fällen, wieder auf freien Fuß gesetzt werden, da der Verdacht gegen sie keine Bestätigung gefunden hat. Es sind jetzt Ermittlungen nach verschiedenen anderen Richtungen aufgenommen worden.

Aus Berlin ist der Staatsanwaltschaft in Hildesheim mit dem Postempfel vom 21. August nachmittags ein anonym Brief zugegangen, der die Unterschrift Altor (Näher) trägt. Obwohl der Brief in jedem Worte, ja fast in jedem Buchstaben mit verkehrter Handschrift ausgesetzt worden ist, fällt seine orthographische und grammatikalische Fehlerlosigkeit auf, sowie auch die oben schon erwähnte, dem Lateinischen entlehnte Unterschrift. Es wird von der Staatsanwaltschaft dringend gewünscht, daß die Handschrift von recht viel Leuten geprüft wird, weshalb der photographierte Brief sofort in zahlreichen Orten veröffentlicht und zum Ausgeben gebracht werden soll, damit aus irgendwelchen Anhaltspunkten der Schreiber ermittelt werden kann.

Der Brief hat folgenden Wortlaut: „Sie werden die Eisenbahntentäter nicht finden. Der eine derselben ist ein im Disziplinarwege wegen einer ganz geringfügigen Verfehlung entlassener Beamter, der, durch die Entlassung verbittert, aus Haß und Rache die Tat begangen hat. Meine Entlassung war eine Noheit. Ich hätte Würde verdient. Noheiten räche ich durch Noheiten. Mögen auch Unschuldige leiden, ich habe auch unschuldig gelitten. Den schuldigen Mörder wird einst meine Rache treffen, qualvoll zu werden. Man hat mein Leben vernichtet; ich will laufend Menschenleben vernichten. 21 sind es erst. Nächstes Attentat bei Berlin. — Altor.“

## Wie hilft man Frankreich?

Finanzverhandlungen in Cöln.

Bekanntlich haben sich in Cöln am Genfer See verschiedene Finanzgrößen der alten und neuen Welt eingefunden. Erst schien es Zufall, jetzt scheint es Absicht. Pariser Blätter glauben von diesem Aufwuchs, wo sich der amerikanische Schatzsekretär Mellon, der Präsident der Federal Reservebank Strong, der Generalagent für die Reparationen, Parker Gilbert, und der ehemalige Schatzsekretär Horne eingefunden haben, zu wissen, daß Mellon gemeinsam mit Strong die Frage zu prüfen habe, welche finanzielle Unterstützung Frankreich zuteil werden könne, wenn das Schuldenabkommen ratifiziert werde.

Mellon habe mit einem französischen Politiker die Möglichkeit der Mobilisierung eines Teiles der deutschen Eisenbahnobligationen für den Fall einer Ratifizierung des Schuldenabkommens durch das französische Parlament untersucht. Die Schwierigkeiten auf diesem Gebiet seien groß, da diese Obligationen nur verkauft werden können, wenn die deutsche Regierung in eine Minderung des Zahlungsplanes einwillige. Die deutsche Regierung würde solche Verhandlungen aber nur gegen politische Zugeständnisse machen.

Ferner habe Parker Gilbert mit Mellon die Frage besprochen, wie die Summe verwendet werden könne, die in Berlin auf Grund des Danes-Planes zur Bezahlung der amerikanischen Kriegskosten angesammelt wurde. Es handle sich hier um große Beträge. Eine Zeitlang habe die amerikanische Regierung daran gedacht, sie für die Errichtung oder für den Kauf von Gebäuden für die amerikanischen Botschaften in Europa zu verwenden, man sei jedoch wieder davon abgekommen.

## Schwerer Bombenanschlag.

Die Raue eines Geisteskranken. — Ungewöhnlicher Sachschaden. — Bisher zwei Tote und über 120 Verletzte.

Einer New Yorker Meldung zufolge ist in der „Farmers Deposit and Savingsbank“ (einer Agrar-Großbank) in Pittsburg ein Bombenattentat verübt worden, das ungewöhnlich schwere Folgen hatte.

Von einem älteren Bankkunden, der vermutlich geisteskrank war, wurde, da man ihm die Auszahlung eines Schecks von 2000 Dollar ablehnte, eine Bombe geworfen. Durch die Wucht der Explosion sind die Bankräume, die in einem sechsheinftöckigen Hause lagen, gänzlich zerstört worden. Der Täter, dem der Kopf weggerissen worden war, und der Bankkassierer waren auf der Stelle tot. Bisher sind 20 Schwerverletzte und über 100 Leichtverletzte aus den Trümmern geborgen worden.

Auch in der Umgebung des Bankhauses ist ungewöhnlich beträchtlicher Schaden angerichtet worden. In den angrenzenden Straßen kam es zu einer unbeschreiblichen Massenpanik. Unter den Schwerverletzten befinden sich auch zwei Polizeibeamte.